

Inhalt

Paderborn ist das neue Oberzentrum Ostwestfalens!.....	2
Ausgangssituation	4
Kinder, Jugend, Familien und Senioren	6
Soziales	10
Bildung.....	11
Wirtschaft.....	13
Kultur	16
Sport	20
Verkehr	22
Öffentliche Ordnung.....	24
Finanzen	25

Paderborn ist das neue Oberzentrum Ostwestfalens!

Paderborn ist eine der wenigen noch wachsenden Großstädte in Deutschland und nimmt damit eine Sonderfunktion ein, die viele Chancen beinhaltet.

Unsere Stadt wächst überdurchschnittlich und ist für viele andere Kommunen in NRW Vorbild. Aber: Die Stadt steht in den nächsten Jahren vor gewaltigen Herausforderungen. CDU und FDP nehmen die Verantwortung, die ihnen der Wähler übertragen hat, an und wollen gemeinsam die Zukunft unserer Stadt gestalten.

CDU und FDP sind eigenständige Parteien mit unterschiedlichen politischen Ausrichtungen und Zielen. Sie bleiben verschieden, haben aber in diesem Programm gemeinsame Ziele und Absichten formuliert, damit Paderborn von einem Bündnis der Vernunft gelenkt werden kann.

Die nächsten fünf Jahre stellen die Stadt vor gewaltige Aufgaben. CDU und FDP sind sich einig, dass eine nachhaltige Haushaltskonsolidierung auch und vor allem im Hinblick auf die Generationengerechtigkeit vorrangiges Ziel ist. Das sind wir gemeinsam den nachfolgenden Generationen schuldig, die wie wir stolz auf eine lebenswerte, sozial ausgewogene und Zukunftschancen bietende Stadt bleiben wollen.

Paderborn ist das lebende Beispiel für die Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft!

Paderborn ist eine pulsierende, bunte und moderne Großstadt des 21. Jahrhunderts, in der Menschen aller Generationen, Kulturen und Religionen ihre Heimat sehen. Tradition und High-Tech, verknüpft mit der für Westfalen typischen Leistungsbereitschaft und dem Gemeinsinn der Bürger bieten hervorragende Ausgangspositionen für eine gute Zukunft.

In Land und Bund regieren ebenfalls Koalitionen der Vernunft aus Christdemokraten und Liberalen. Das lokale Bündnis will seine Einflussmöglichkeiten auf diese für die Geschicke der Stadt wichtigen Regierungsebenen nutzen.

Im Bündnisvertrag finden sich die wichtigen Projekte der nächsten Zeit und Zielsetzungen für die nächsten 5 Jahre. Viele Punkte wirken auf den ersten Blick vielleicht selbstverständlich, wären aber in einer anderen politischen Mehrheitssituation so nicht mehr denkbar und demzufolge gefährdet.

Wir wollen gemeinsam die Stadt weiterentwickeln, ohne ihr den Charme ihrer langen Geschichte zu nehmen. Wir wollen das Bewährte verbessern, aber im Interesse der Stadt auch neue Wege gehen. Die gegenwärtige Wirtschafts- und Finanzkrise setzt dabei enge finanzielle Grenzen. Liebgewordenes muss auf den Prüfstand, ohne dabei zwangsläufig verschwinden zu müssen, damit Paderborn weiter selbst überzeugen kann und nicht im Haushaltssicherungskonzept versinkt.

Sozial ausgewogen, gerecht und zukunftsorientiert sollen sich die städtischen Ausgaben darstellen. Der Bürger kann von einer bürgerlichen Politik Planungssicherheit und Verlässlichkeit erwarten, auch was die Steuern und Abgaben betrifft. Unser Ziel ist es, ohne Steuererhöhungen und unzumutbare Belastungen für die Menschen unserer Stadt intelligente Lösungen zur Bewältigung der Krise anzubieten.

Deswegen haben sich CDU und FDP trotz aller Verschiedenheit entschieden, gemeinsam die nächsten fünf Jahre die Verantwortung für Paderborn zu übernehmen.

Dieser Text verwendet nur den Begriff „Bürger“, wo eigentlich geschlechtsneutral auch von Bürgerinnen und Bürgern oder Einwohnerinnen und Einwohnern gesprochen werden sollte. Dazu zählen auch Studenten mit zweitem Wohnsitz in Paderborn, Soldaten der Britischen Armee und deren Angehörige sowie die ausländischen Mitbürger. Diese Vereinfachung dient einfach dem Zweck der schnelleren Lesbarkeit und Erfassung des umfangreichen und komplizierten Textes und schließt alle Gruppen mit ein.

Ausgangssituation

80 % der Kommunen in Nordrhein-Westfalen droht in den nächsten Jahren das Haushaltssicherungskonzept! Dies gilt im Rahmen der Finanzkrise auch für Paderborn bei einer insgesamt soliden Haushaltssituation.

CDU und FDP haben es sich zum Hauptziel gesetzt, zu verhindern, dass Paderborn davon betroffen sein wird. Auch der Kreis Paderborn wird und muss sich dieser Herausforderung stellen und dafür Sorge tragen, die Stadt nicht über Gebühr durch eine erhöhte Kreisumlage zu belasten. Im Falle einer Haushaltssicherung könnte die Kommune nur noch sehr eingeschränkt über die eigenen Geschicke bestimmen. Nahezu alle freiwilligen Leistungen wären massiv davon betroffen und würden eingestellt bzw. stark eingeschränkt. CDU und FDP haben eine Liste der gefährdeten Leistungen an den Anfang ihres Bündnisvertrages gestellt, um für die Bürger der Stadt die Brisanz der Lage deutlich und die Notwendigkeit der vereinbarten Kürzungen in den verschiedenen Politikfeldern nachvollziehbar zu machen.

Das Ziel der Partner ist es, die Haushaltssicherung für die Stadt und die Bürger von Paderborn zu vermeiden. In einem solchen Fall müsste eine Konzentrierung auf die Pflichtaufgaben stattfinden und die freiwilligen Leistungen aus dem Haushalt ständen umfassend auf dem Prüfstand. Diese machen eine Gemeinde aber erst lebenswert und zeigen die politischen Schwerpunkte auf. Von Kürzungen betroffen wären in einem solchen Fall z. B.

- der Zuschuss, den die Träger von Kindergärten, z. B. die evangelische oder katholische Kirche, zusätzlich zu den gesetzlichen Vorgaben des KiBiz von der Stadt freiwillig erhalten, die Beitragsfreiheit in Kindergarten und Offener Ganztagsgrundschule (OGS) sowie die Zuschüsse zum Mittagstisch der OGS,
- die gerade erst eingeführte und mit bald 15.000 Nutzern äußerst erfolgreiche Paderborn-Karte und die Leistungen des Familienservicecenters,
- die freiwilligen Zuschüsse, die Senioreneinrichtungen, Selbsthilfegruppen, ausländische Vereine, die Wohlfahrtsverbände und andere bekommen,
- die von der Stadt sichergestellte Lernmittelfreiheit der Kinder von Hartz IV-Empfängern und der Zuschuss für die Schulmaterialienkammer,

- große Teile der (überwiegend) freiwilligen Kulturförderung und der Unterstützung unserer lokalen Sportvereine,
- die weiterhin umfassenden und z. T. langjährigen Städtepartnerschaften, die durch Kürzungen weniger Leben entfalten könnten,
- alle Angebote der VHS, die über das Weiterbildungsgesetz hinaus gehen.

Weiterhin sind die Gesamtbudgets der Bereiche, die ausschließlich oder fast ausschließlich freiwillige und keine pflichtigen Aufgaben erfüllen, wie das des Kulturamts, der Stadtbibliothek, der Musikschule, der Paderhalle, der Wirtschaftsförderung und des Sportamts im Falle eines Haushaltssicherungskonzeptes von massiven Kürzungen oder kompletter Streichung betroffen. Dadurch würde die Stadt für alle Bürger massiv an Attraktivität verlieren. Dies gilt es mit allen Mitteln zu verhindern!

Kinder, Jugend, Familien und Senioren

Paderborn ist eine familienfreundliche Stadt!

CDU und FDP werden im Bereich der Kinder-, Jugend-, Familien- und Bildungspolitik ihre deutlichen Schwerpunkte setzen.

Die Rahmenbedingungen in Paderborn sollen es ermöglichen, sich für Kinder zu entscheiden und Familie und Beruf miteinander vereinbaren zu können. Dafür muss ein breites und qualifiziertes Angebot zur Betreuung von Kindern und Jugendlichen zur Verfügung stehen. Es gibt immer mehr Familien, in denen beide Elternteile berufstätig sein wollen oder es aus finanziellen Gründen sein müssen. Auch eine wachsende Zahl allein erziehender Mütter und Väter ist darauf angewiesen, dass während ihrer Arbeitszeit ihre Kinder verlässlich und von dafür geeigneten Personen betreut werden. CDU und FDP werden daher in den kommenden fünf Jahren größte Anstrengungen unternehmen, um das bestehende Angebot deutlich auszuweiten und weiter zu verbessern, indem die Anforderungen des KIBIZ eins zu eins umgesetzt und dort wo möglich, übertroffen werden.

- Paderborn ist eine Stadt, die allen Bürgern eine persönliche Perspektive und Entwicklungsmöglichkeiten bietet. Vor allem die Familien bedürfen der besonderen Förderung durch die öffentliche Hand. Die Leistungen des **Familienpasses** werden in 2010 überprüft und dahingehend optimiert, dass sie vor allem auf die konkreten Bedürfnisse der Familien zugeschnitten sind. Die erfreuliche Entwicklung, dass immer mehr privatwirtschaftliche Anbieter dem Adressatenkreis des Familienpasses gezielte Angebote unterbreiten, wird von CDU und FDP ausdrücklich begrüßt und soll weiter unterstützt werden.
- Die qualifizierte Betreuung der Unter-Dreijährigen ist ein wichtiges Desiderat der Bildungspolitik. Der Ausbau der **Kindertagesstätten** in Paderborn zur Erfüllung dieses zukünftigen Rechtsanspruches berufstätiger Eltern soll so früh wie möglich erfolgen - wenn praktisch umsetzbar, möglichst noch vor 2013.
- Die **Beitragsätze** zu den Kindergartenplätzen sind im Einklang mit den Kommunen des Kreises angesetzt und gestaffelt. Falls eine Kommune des Kreises in den nächsten Jahren in das Haushaltssicherungskonzept fällt, ist diese sinnvolle Regelung obsolet, da dann diese Kommune gezwungen sein wird, neue, höhere Beitragsätze für sich zu formulieren. Die Stadt Pa-

derborn wird in diesem Falle ein neues Stufenmodell implementieren, das eine noch einfachere, gerechtere und intelligentere Staffelung als bisher bietet.

- Um einem völligen Wegfall der freiwilligen Zuschüsse an die freien Träger in der Kinderbetreuung in der Stadt im Falle eines Haushaltssicherungskonzeptes zuvorzukommen und zu vermeiden, haben sich CDU und FDP dazu entschlossen, die Höhe der freiwilligen Zuschüsse um mindestens 10 Prozent zu kürzen. Jeder Träger muss, wie auch die Einrichtungen der Stadt, seinen Beitrag zum Vermeiden der Haushaltssicherung leisten.
- In Paderborn ist in den letzten Jahren ein flächendeckendes Netz an Klassen der **Offenen Ganztagsgrundschule (OGS)** entstanden. CDU und FDP stimmen darin überein, dass die freiwilligen Zuschüsse zu den OGS-Klassen in vollem Umfang auch in den nächsten Jahren weiterhin bereitgestellt werden.
- Paderborn ist eine wachsende Großstadt, in der für junge Familien auch weiterhin Raum zur Verwirklichung privaten Wohneigentums vorhanden sein muss. Mögliche Fehlentwicklungen durch eine sich anders als geplant darstellende Besiedelung in vorhandenen städtischen Neubaugebieten werden durch eine Überprüfung in 2010 abgestellt. Bisherige Bebauungspläne werden auf die Größe der Grundstücke, Art der Bebauung und die Vergabepaxis hin untersucht. Außerdem wird die Integration der **Neubaugebiete** in die vorhandenen Ortsstrukturen überprüft und optimiert.
- Die Übernahme von **Spielplatzpatenschaften** ist durch geeignete Informations- und Werbemaßnahmen zu fördern. Durch solche Patenschaften wird die gemeinsame Verantwortung der Stadt und der Bürger für diese Areale gefördert.
- An vielen Stellen im Stadtgebiet wurden in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten **Bolzplätze und andere Sportflächen** (z. B. Basketballfelder) für die Freizeitnutzung errichtet. Diese sind teilweise in die Jahre gekommen. CDU und FDP setzen sich dafür ein, diese zu renovieren und damit in einen nutzbaren Zustand zu versetzen. Neben dem Schul- und Vereinssport ist die nicht über Institutionen erfolgende freiwillige sportliche Betätigung ein wichtiger Teil der Jugendkultur, der aufgrund des Freizeit-, Spaß- und Gesundheitsaspekts gefördert werden muss. Wenn über die zunehmenden Gewichtsprobleme bei vielen Kindern und Jugendlichen geredet wird, findet sich hier die Gelegenheit, dass diese dem selbst entgegen treten können. Die Bündnispartner sehen hierin auch eine soziale Fürsorge.

- Paderborn ist eine jugendfreundliche Stadt. Um der jungen Generation mehr Gestaltungsspielräume und Mitspracherechte zu gewähren, greifen CDU und FDP die Initiative ihrer Jugendorganisationen Junge Union und Junge Liberale auf, einen **Stadtjugendkongress** unterhalb der Ausschussebene installieren. Alle städtischen weiterführenden Schulen entsenden, je nach Größe und Schülerzahlen, zwischen einen und drei Vertreter (Schülersprecher, stellv. Schülersprecher und evtl. einen „Mittelstufensprecher“) in dieses Gremium, an dessen Spitze ein moderierendes Tagungspräsidium steht. Dieses Präsidium, bestehend aus den gewählten Stadtratsvertretern unter 35 Jahren, wählt aus seinen Reihen einen Vorsitzenden sowie einen stellvertretenden Vorsitzenden. Der Vorsitz des Präsidiums wechselt im Jahresrhythmus zwischen den entsendenden Fraktionen. Es finden jährlich mindestens 4 Sitzungen statt, zu denen der Vorsitzende unter Zuhilfenahme der Verwaltung einlädt. Nichtstimmberechtigte Gäste (Sportverbände, Jugendorganisationen, Ratsmitglieder über 35 Jahre etc.) bekommen nach vorheriger Einladung in den jeweiligen Sitzungen Rederecht. Der Stadtjugendkongress tagt öffentlich. Ziel ist es, die Jugendlichen in den politischen Entscheidungsprozess zu integrieren und die mehrheitlich beschlossenen Ideen des Stadtjugendkongresses als Antrag in dem jeweils betreffenden Ausschuss zu platzieren. Es wird eine Geschäftsordnung von Seiten der Bündnispartner unter Zuhilfenahme der Verwaltung erarbeitet und im Jugendhilfeausschuss noch im Jahre 2009 zur Abstimmung gestellt. Der neu geschaffene Stadtjugendkongress ersetzt das Jugendforum, zu dem der Bürgermeister bisher eingeladen hat. Dieser lädt auch zur ersten Sitzung des Stadtjugendkongresses ein. Die Amtszeit des Stadtjugendkongresses beträgt zwei Jahre. Nach dieser Zeit wird anhand eines Erfahrungsberichtes eine Auswertung vorgenommen. Erst danach wird über die Fortsetzung des Stadtjugendkongresses entschieden.
- Der Ausbau der gebundenen Ganztagschulen in Paderborn wird von CDU und FDP unterstützt. Die Versorgung der Schulen mit der notwendigen Infrastruktur, z.B. für die Mittagsverpflegung, stellt die Stadt vor finanzielle Herausforderungen, denen sich CDU und FDP mit kreativen Lösungen stellen werden. Für die Realschule und das Gymnasium in Schloß Neuhaus wird geprüft, ob die Mittagsverpflegung im Bürgerhaus stattfinden kann. Notwendige Investitionen zur Ertüchtigung der vorhandenen Infrastruktur werden von CDU und FDP im Haushalt bereitgestellt. Wenn diese Lösung praktikabel ist, kann auf einen Neubau einer Mensa verzichtet werden.

- Paderborn ist sich seiner Verpflichtung gegenüber der älteren Generation bewusst und wird daher bei allen städtischen Aufgaben die Belange dieser wichtigen Bevölkerungsgruppe konsequent im Blick behalten.

Soziales

Paderborn ist eine solidarische Stadt!

Eine Gesellschaft kann nur funktionieren, wenn die Starken für die Schwachen und Hilfsbedürftigen eintreten. Es muss jedem möglich sein, seinen Lebensalltag und seine Lebensqualität selbst zu gestalten. Für CDU und FDP ist gesellschaftliche Solidarität aber keine Einbahnstraße. Es gilt das Prinzip des Förderns und Forderns. In Zeiten drohender Arbeitslosigkeit und der Finanzkrise kommt der Stadt eine noch wichtigere Aufgabe bei der Sicherung der sozialen Stabilität und der Bewahrung des sozialen Friedens zu.

- In Paderborn leben Menschen verschiedenster Kulturen friedlich miteinander. Diese Heterogenität der Bevölkerung ist eine Bereicherung für diese Stadt. Migranten haben die Möglichkeit zur politischen Teilhabe durch den **Migrationsbeirat** der Stadt Paderborn. CDU und FDP werden den heutigen Status dieser Institution in Form des in 2010 neu zu wählenden Integrationsrates erhalten.
- In unserer Gesellschaft gibt es die unterschiedlichsten Lebensentwürfe. Daher setzen sich CDU und FDP dafür ein, dass in der **Gleichstellungskommission** die Belange aller Partnerschaften beraten werden und Gehör finden.
- CDU und FDP erkennen den erhöhten Bedarf an professioneller **Schulsozialarbeit** an. Die Bündnispartner vertreten die Auffassung, dass das Ziel die gezielte Förderung von Individuen und nicht von Institutionen sein muss. Sozialarbeit mit dem Schwerpunkt auf schulische Belange soll deshalb beim Jugendamt angesiedelt sein, um auf spezifische Anforderungen der Schulen gezielt reagieren zu können und um besser als Schnittstelle zur Betreuung der betroffenen Familien dienen zu können. Das Landesprogramm der CDU/FDP-Koalition zur Umwidmung von Lehrerstellen wird ausdrücklich begrüßt und vor Ort nach Kräften unterstützt. Bereits in 2010 wird eine weitere Stelle für einen Sozialarbeiter zur Arbeit in den städtischen Schulen im Jugendamt eingerichtet.
- Um eine bessere Kosten- und Leistungstransparenz zu ermöglichen, werden mit allen Trägern der freien Wohlfahrtspflege verstärkt konkrete **Leistungsverträge** abgeschlossen. Dies gilt auch für die Träger der Migrantenberatung.

Bildung

Paderborn ist eine Stadt des Lernens. CDU und FDP fühlen sich allen Bürgern Paderborns verpflichtet, durch individuell zugeschnittene Bildungsangebote die Teilhabe am immer komplexer werdenden Gesellschaftsleben zu ermöglichen. Darum werden die Fraktionen von CDU und FDP den Bildungsbe- reich besonders fördern. Denn hier liegt die Zukunft – für die Stadt Paderborn als Standort zahlrei- cher Bildungseinrichtungen – und für jeden einzelnen Schüler, Studenten oder Lernenden.

- Der Schul- und Bildungsstandort Paderborn besticht durch seine Vielfalt. CDU und FDP be- kennen sich dazu, dieses Angebot qualitativ zu erhalten, zu verbessern und nach den Bedürf- nissen der Eltern, Schüler, Lehrer und Unternehmen auszurichten. Das Ganztagsangebot gilt es bei Bedarf in allen Schulformen weiter auszubauen und eine hohe Qualität zu gewährleis- ten. Dabei sind sich CDU und FDP einig, dass sinnvollerweise nicht alle Schulen in den gebun- denen Ganztagsbetrieb einsteigen sollen, um durch eine bunte Schullandschaft den Eltern auf ihre individuellen Bedürfnisse zugeschnittene Optionen bei der Schulwahl anbieten zu können. CDU und FDP lehnen ausdrücklich die Einrichtung einer weiteren **Gesamtschule** in der Trägerschaft des Kreises mit dem Standort Paderborn nicht kategorisch ab. Die Fraktio- nen werden nach folgendem Zeitplan vorgehen: Nach Inbetriebnahme des Ganztagesange- botes an der Von-Fürstenberg-Realschule und am Reismann-Gymnasium in 2010 sollen die Anmeldezahlen an den städtischen Gesamtschulen in 2011 geprüft werden. Resultierend aus dieser Prüfung wird ggf. durch eine Elternbefragung der tatsächliche Bedarf für eine weitere Gesamtschule ermittelt. Die Einrichtung einer solchen dritten Gesamtschule darf nicht auf Kosten vorhandener Angebote im Bereich der Sekundarstufe I bzw. des Angebots einer gym- nasialen Oberstufe an der Friedrich-von-Spee-Gesamtschule erfolgen.
- Die Universität ist für Paderborn einer der wichtigsten Standortfaktoren. Es gilt, hervor- ragend ausgebildete und qualifizierte junge Menschen langfristig an diese Stadt zu binden. CDU und FDP initiieren daher ein **Stipendienangebot** für auswärtige Studenten, die sich ehren- amtlich engagieren und bereit sind, ihren Hauptwohnsitz nach Paderborn zu verlegen. Die Studienbeiträge sollen alljährlich für eine vorher festgelegte Anzahl von Studierenden über- nommen werden.

- Die Entwicklung der **Zukunftsmeile** an der Fürstenallee ist ein weit über die Paderborner Stadtgrenzen hinaus wichtiges Innovationsprojekt für ganz Ostwestfalen. CDU und FDP setzen sich auch zukünftig konsequent und mit allen zur Verfügung stehenden Möglichkeiten für die Umsetzung der beschlossenen Investitionen und den weiteren Ausbau der Forschungseinrichtungen ein. Die im Investitionsprogramm beschlossenen Zuschüsse in Höhe von 1 Million Euro leisten einen wesentlichen Beitrag zur Finanzierung des Projektes und zeigen deutlich, dass die Stadt Paderborn das Projekt unterstützt.

Wirtschaft

Die Wirtschaft ist der Motor der Stadt. Die Unternehmen in Paderborn erhalten und schaffen Arbeits- und Ausbildungsplätze. Durch die Gewerbesteuer tragen sie maßgeblich zur Finanzierung des städtischen Haushalts bei. Eine schwache Wirtschaft würde die Stadt in ihren Wirkungsmöglichkeiten stark einschränken. Deshalb fördern und unterstützen CDU und FDP die wirtschaftlich Tätigen. Der Standort Paderborn braucht klare und verlässliche Rahmenbedingungen, um seine Attraktivität und Konkurrenzfähigkeit nicht nur zu erhalten, sondern auch weiter auszubauen. Hierbei sind niedrige, verlässliche Steuersätze, eine vorausschauende Gewerbeflächenpolitik und eine effiziente, serviceorientierte Wirtschaftsförderung wichtige Bausteine.

Paderborn ist eine gewachsene und attraktive Einkaufsmetropole für die ganze Region. Der Einzelhandel sichert viele Arbeits- und Ausbildungsplätze. CDU und FDP werden sich intensiv dafür einsetzen, Paderborns Status als Einkaufsstadt mit Herz und Vielfalt zu erhalten und weiter zu verbessern. Ohne ausreichende Flächen können sich in Paderborn angesiedelte Unternehmen nicht erweitern und neue Unternehmen gar nicht erst angeworben werden. Deshalb ist eine offensive und vorausschauende Gewerbeflächenpolitik die Voraussetzung für eine nachhaltige Standortentwicklung.

- CDU und FDP unterstützen private Initiativen zur Attraktivitätssteigerung der Innenstadt. Damit meinen die Bündnispartner ein *gelebtes Innenstadtkonzept*, (Runder Tisch **City-Management**) z. B. durch die Umgestaltung des Königsplatzes, die Entwicklungen an der Bahnhofstraße, in der Königsstraße, an den Stadttoren, am Kamp, in der neuen Umgebung der Kammerspiele, im Paderquellgebiet und im Riemeke-Viertel. Dazu ist es notwendig, alle diese Bemühungen zu koordinieren. Die privaten Initiativen aus der Kaufmannschaft zum Aufbau eines kompetenten Citymanagements mit Unterstützung durch die Stadt werden von CDU und FDP ausdrücklich begrüßt und gefördert. Die Entwicklung in den Stadtteilen ist parallel mit ebensolchem Engagement zu forcieren.
- Paderborn braucht das von der Landesregierung initiierte Konzept zur Stärkung der Innenstädte in Form des **Einzelhandelskonzeptes**! Dieses für alle Beteiligten nicht leichte Projekt ist in 2009 zu einem ersten Ergebnis gelangt. CDU und FDP einigen sich darauf, bereits 2010 erste mögliche Korrekturen am Einzelhandelskonzept vorzunehmen. In einem ersten Schritt wird unter Einbeziehung der Betroffenen die vorhandene Sortimentsliste überprüft. Dabei wird eine stärkere Orientierung an den Leitsortimenten der Landesgesetzgebung im Zentrum stehen. In 2011 werden die räumlichen Einteilungen und Festlegungen durch einen externen

Gutachter evaluiert und ggf. den aktuellen Bedürfnissen angepasst. Dies gilt ausdrücklich auch für die Ortsteile sowie die Nebenzentren. Dabei halten CDU und FDP daran fest, die Einteilung der Bahnhofstraße bei einer Bebauung des Geländes an der Florianstraße und bei einer möglichen attraktiveren Umgestaltung des Bahnhofes oder sonstigen umfangreicheren Investitionen in diesem Gebiet sofort zu verändern. Bei der Königsstraße sehen CDU und FDP sofortigen Handlungsbedarf, so dass diese Straße im Rahmen einer auf Antrag der Anwohner durchzuführenden möglichen Umgestaltung zu einer Fußgängerzone in den Bereich der Innenstadt aufgenommen wird. In diesem Zusammenhang unterstützen CDU und FDP ausdrücklich die Bemühungen der Anwohnerinitiative zur Umgestaltung in eine Fußgängerzone.

- Auch wenn die **Grund- und Gewerbesteuer** in Paderborn seit jeher zu den günstigsten unter den Großstädten in NRW zählt, sehen CDU und FDP hier keinen Bedarf für eine Erhöhung. Wir wissen um die Lasten für die zukünftigen Generationen durch die Schulden und Pensionsverpflichtungen der öffentlichen Haushalte, doch wir sehen auch die schon bestehenden Belastungen für die Bürger und Unternehmen in Paderborn. Deshalb treffen die Bündnispartner folgende Festlegungen:
 - Die Finanzkrise und mit ihr einhergehend der konjunkturelle Abschwung der Weltwirtschaft haben die Unternehmen dieses Landes und dieser Stadt stark unter Druck gesetzt und dürften sich auch in den nächsten Jahren noch bemerkbar machen. In dieser Zeit die Belastung zu erhöhen und an der Gewerbesteuerschraube zu drehen wäre ein falsches Signal an die Paderborner Wirtschaft. Das Bündnis wird den Hebesatz für die **Gewerbesteuer** deshalb nicht erhöhen und so seinen Anteil für die Planungssicherheit in den Unternehmen leisten.
 - Die Hausbesitzer und Mieter (auf welche die Erhöhung der Grundsteuer B umgelegt würde) wurden in den vergangenen Jahren mit vielen zusätzlichen Kosten belastet. Sie mussten z. B. über energetische Maßnahmen, wie die Fassadendämmung oder die Nutzung von Solaranlagen, nachdenken und werden mit der bundesweit vorgeschriebenen Prüfung der Kanalanschlüsse belastet. Die **Grundsteuer B** wird deshalb in der kommenden Ratsperiode nicht erhöht, um eine zusätzliche steuerliche Belastung unserer Bürger zu vermeiden.

- CDU und FDP sind sich der Probleme in der Landwirtschaftsbranche bewusst und auch wenn die wesentlichen politischen Entscheidungen in Brüssel und Berlin getroffen werden, wollen wir auf lokaler Ebene unseren Beitrag zur Unterstützung der Branche leisten. Auch die **Grundsteuer A**, die auf landwirtschaftlich genutzte Flächen erhoben wird, wird deshalb nicht angehoben.

- CDU und FDP werden die Neugestaltung des **Bahnhofsgebäudes** auch weiterhin positiv begleiten. Die für die Planung notwendigen Mittel werden bis zu einer Höhe von 50.000 Euro in den Haushalt 2010 eingestellt.

- CDU und FDP treiben gemeinsam die wirtschaftliche Weiterentwicklung Paderborns voran. Dabei bauen die Partner auf die positiven Ansätze und Entwicklungen der vergangenen Jahre. Ziel ist es, den Lückenschluss innerhalb bereits vorhandener **Gewerbegebiete** herbeizuführen und erst nach Fertigstellung der bereits vorhandenen Flächen neue Gebiete auszuweisen.

- Für die Paderborner Wirtschaft sind gute Infrastrukturbedingungen unumgänglich. Dazu gehört neben gut ausgebauten Verkehrswegen die optimale Anbindung an den heimischen Flughafen. Aus diesem Grund befürworten CDU und FDP den bereits begonnenen Aus- und Umbau der Bundesstraße 1 in Höhe Wewer. Der **Flughafen** Paderborn / Lippstadt ist in seiner Weiterentwicklung seitens der Stadt optimal zu fördern.

- CDU und FDP werden dazu beitragen, Wirtschaft und Hochschule so eng wie möglich miteinander zu vernetzen. Durch Kooperationen profitieren beide Seiten: die Hochschule nutzt die Praxisnähe für eine optimale Forschung und Lehre, die Unternehmen profitieren direkt von gezielten Forschungsergebnissen und qualitativ hoch ausgebildeten Akademikern.

Kultur

Die lebendige und vielfältige Kulturszene trägt enorm zur Lebens- und Liebenswürdigkeit Paderborns bei. Gerade in Zeiten extremer wirtschaftlicher Schwierigkeiten ist es wichtig zu erkennen, dass ein breites kulturelles Angebot Voraussetzung für Lebensqualität in der Stadt ist. Für die Fraktionen von CDU und FDP stellt Kulturpolitik mehr als einen weichen Standortfaktor dar, sie ist vielmehr identitätsbewahrend und -stiftend. Für Paderborn muss die Vielfalt der Kultur ein Ziel bleiben; eine Beibehaltung der Höhe der jetzigen städtischen Fördermittel oder gar eine Erhöhung ist jedoch nicht möglich. Kreativität ist nicht nur vor der Staffelei, auf der Bühne oder im Atelier gefordert, sondern über alle Maßen im Finanzmanagement oder bei der Suche nach Kooperationsmöglichkeiten.

- Das Mittelvolumen für freie Kulturträger bleibt grundsätzlich erhalten. Es kann jedoch keine weiteren Erhöhungen der Zuschüsse geben. Umschichtungen sind jedoch grundsätzlich möglich.
- CDU und FDP werden in den nächsten fünf Jahren die „Bühne Paderborn“ auf hohem Niveau erhalten und qualitativ ausbauen. Dabei sollen **Veranstaltungen** mit überregionaler Strahlkraft weiter etabliert und das regionale Angebot durch Verdichtung attraktiver gestaltet werden. Dazu ist es nötig, vorhandene Angebote zu überprüfen, ggf. terminlich besser zu positionieren und inhaltlich stärker zu individualisieren.
- **Libori** ist das wichtigste und größte Volksfest weit über die Region hinaus. Kirmes, Kirche und Kultur gehen eine einzigartige Symbiose in dieser „fünften Jahreszeit“ ein. CDU und FDP wollen diesen einmaligen Charakter erhalten und sichern. Die Vergabep Praxis der Standlizenzen soll sich zukünftig noch koordinierter, nachvollziehbarer und zeitgemäßer darstellen. Neben den sich dabei bietenden finanziellen Möglichkeiten legen CDU und FDP besonderen Wert darauf, dass Libori ein familienfreundliches und überregional prägendes Ereignis bleibt. Dieses Fest ist die beste Visitenkarte unserer Stadt.
- Paderborn ist ein kulturelles Zentrum der Region. Die Kultur ist ein wichtiger Standortfaktor für die Menschen, die hier leben und arbeiten. CDU und FDP wollen diesen Status erhalten und festigen. Durch die angespannte Haushaltssituation müssen alle Angebote auf den Prüfstand und hinsichtlich der sinnvollen Ausnutzung ihrer Kapazitäten optimiert werden. Durch den Aufbau eines Internet-basierten **Kulturstättenmanagements** werden die vorhandenen

Bürgerhäuser in den Ortsteilen stärker in das kulturelle Angebot einbezogen werden. Kultur findet schließlich nicht nur in der Kernstadt, sondern auch dort statt. So wird für den kulturell interessierten Nutzer eine gesteigerte Transparenz und Angebotsoptimierung erreicht. Durch die Kombination städtischer und privater Angebote im Internet-basierten Kulturstättenmanagement bietet sich der vielfältigen kulturellen Szene in Paderborn zukünftig eine zentrale Informationsplattform.

- Die **Stadtbibliothek** ist eine der wichtigsten Bildungs- und Kultureinrichtungen der Stadt. Auch in diesem Bereich muss konsolidiert werden, ohne dass dabei die Qualität des Angebots leidet. CDU und FDP haben sich deshalb dazu entschieden:
 - Die Stadtteilbibliotheken nach ihrer Auslastung hin zu überprüfen und ggf. zu schließen. Als Ersatz gilt es die Bibliotheken kirchlicher Träger oder anderer Institutionen (z.B. Schulen) stärker als bisher zu unterstützen.
 - Die gemieteten Räume der Stadtbibliothek (Kibi/Kombi) in der Rathauspassage nach Auslauf des Vertrages nicht weiter zu nutzen und diesen wichtigen Bestandteil der Bildungsarbeit in einer wirtschaftlichen Lösung durch Konsolidierung der Standorte weiterzuführen. Notwendige Baumaßnahmen werden CDU und FDP unterstützen.
- Die Artothek hat es nicht geschafft, die Masse der Bürger anzusprechen. Der Adressatenkreis besteht aus einer kleinen Gemeinde an Nutzern. Auf ihr Angebot soll verzichtet werden.
- Paderborn bietet den Bürgern viele historisch wertvolle und ästhetisch ansprechende Gebäude und Räume zur Nutzung an. Den ehrenamtlich tätigen Vereinen werden weiterhin nach bisheriger Praxis Räumlichkeiten wie z. B. der **Spiegelsaal** in Schloß Neuhaus kostenlos zur Verfügung gestellt. Kommerziellen Nutzern sollen für die Verwendung zu herausragenden Anlässen weiterhin die Räumlichkeiten gegen einen Kostenbeitrag überlassen werden, Rabattregelungen sollen entfallen.
- Die Stadt Paderborn ist die historische Hauptstadt des Hochstifts Paderborn. Dem wollen CDU und FDP auch in Zukunft durch Kulturveranstaltungen gerecht werden, die diese Tradition zu bewahren helfen. Dabei wird auch weiterhin mit dem Erzbistum zusammengearbeitet, das diese gemeinsame Vergangenheit begründet hat. Die gemeinsam mit Erzbistum und Landschaftsverband gestaltete Ausstellung zu Karl dem Großen 1999 und ihre Folgeausstellungen Canossa und bald **CREDO** sind ein wichtiger Meilenstein dieser Strategie und müssen

um andere Elemente ergänzt werden, wie z. B. durch die Beibehaltung der Hochstifttage, die den Anspruch begründen, Mittelpunkt des Hochstifts zu sein.

- Das Bündnis stellt sich hinter die Idee der **Kulturwerkstatt**, mit der Beteiligung der Kulturschaffenden und Kulturkonsumenten ein in Paderborn sich selbst verhaltendes Kulturzentrum zu unterhalten. Der Erfolg dieser Einrichtung gibt uns Recht, hat aber auch zur Folge, dass dadurch die verfügbaren Räumlichkeiten zunehmend knapper werden. Eine Erweiterung ist unter den derzeitigen Gegebenheiten bezüglich der Eigentumsverhältnisse und Grundstücksgestaltung jedoch nicht möglich. Deshalb werden Räumlichkeiten in anderen städtischen Gebäuden, wie z. B. Schulen, zur Verfügung gestellt werden müssen, um genug Platz für die vielen Vereine und Gruppen zu schaffen. Dieses Ziel wollen wir aktiv angehen, denn die Kultur darf und wird nicht am Raumbedarf scheitern.
- Im Rahmen der kommunalen Neugliederung im Land Nordrhein-Westfalen wurde die Stadt Paderborn um historisch gewachsene **Ortsteile** ergänzt, die eine eigene Geschichte und Tradition einbrachten. Die Stadt Paderborn wird weiterhin an deren Bewahrung mitwirken und gemeinsam mit den Bezirksausschüssen oder Ortsvorstehern, den Ortsheimatpflegern, den Schützen vor Ort und anderen engagierten Gruppen und Einzelpersonen dieses Erbe bewahren. Die Grenzen der Ortsteile sollen auch in Zukunft durch freie Flächen symbolisiert werden, um auch eine sichtbare Abgrenzung voneinander zu wahren, wo dies möglich ist. Ein bauliches Zusammenwachsen soll vermieden werden.
- Die im Anschluss an die erfolgreiche Landesgartenschau in und um das Schloss in **Schloß Neuhaus** entstandenen Gärten und Veranstaltungsflächen müssen auch weiterhin für die Bürger und Gäste unserer Stadt nutzbar bleiben. Um die Einzigartigkeit der in diesem Areal stattfindenden Veranstaltungen stärker als bisher im Bewusstsein zu verankern und größeren Kreisen der Bevölkerung den Besuch zu ermöglichen, wollen wir eine bessere Koordination mit den anderen Paderborner Veranstaltungen erreichen.
- Als größte Stadt im gleichnamigen Kreis stellt Paderborn circa die Hälfte der Einwohner. Das Oberzentrum strahlt mit ihren **kulturellen und Bildungseinrichtungen**, wie der Universität, der Katholische Fachhochschule, den privaten Hochschulen, den Westfälischen Kammerspielen, der Paderhalle, dem Diözesan-Museum, dem Museum in der Kaiserpfalz, dem Heinz-Nixdorf-Museums-Forum, der Erzbischöflichen Akademischen Bibliothek, der Universitätsbibliothek, der Stadtbibliothek, dem Medienzentrum für das Erzbistum Paderborn und vielen

anderen Einrichtungen, Vereinen und Instituten weit in die Region aus, die den Erfolg unserer Stadt ausmachen und sie lebenswert sein lassen. Auch wenn die Stadt nicht bei allen dieser Einrichtungen der Träger ist und auch nicht andere aus ihrer Verantwortung dafür entlassen will, ist es die Überzeugung von CDU und FDP, dass sie sich auch in Zukunft für die berechtigten Anliegen dieser Institutionen einsetzen und diese bei ihrer Arbeit unterstützen müssen. Ein gutes Beispiel ist hier die finanzielle Unterstützung des auf Heinz Nixdorf zurückgehenden HNF.

- Seit dem Ende des 2. Weltkriegs befinden sich **britische Soldaten** in Paderborn. Aus diesen sind Freunde und Partner geworden, die wie unsere Partnerstädte einen wichtigen Anteil zur Völkerverständigung liefern. Unter dem Bündnis aus CDU und FDP steht die Stadt Paderborn zu ihrem Versprechen, den britischen Mitbürgern nach dem Verlust der „Rhine Army Summer Show“ Gelegenheit in der Stadt zu bieten, ihre Verbundenheit mit einer jährlichen Veranstaltung vor Ort zu demonstrieren.
- Die **Kammerspiele** in Paderborn erfahren durch den Neubau am Kötterhagen eine erhebliche Aufwertung. Die Kosten für ein eigenes Ensemble sind immens, doch hält das Bündnis aus CDU und FDP an den getroffenen Entscheidungen und an dem vereinbarten städtischen Budget der Sache und Höhe nach fest. Wir wissen, dass die Träger feste vertragliche Vereinbarungen getroffen haben. Dennoch sind wir der Auffassung, dass auch die Verantwortlichen des Theaters einen nicht unwesentlichen Beitrag zur Konsolidierung des städtischen Haushaltes leisten müssen. Vorschläge hierzu sind zeitnah dem zuständigen Aufsichtsgremium vorzulegen. Diese sind umso erforderlicher als im Falle der Haushaltssicherung eine viel drastischere Kürzung droht.
- Die **städtische Musikschule** muss auch ihren Beitrag zur Konsolidierung des Haushalts tragen. Die Qualität des Angebots dieser renommierten Einrichtung soll so weit wie irgend möglich erhalten bleiben. CDU und FDP befürworten ausdrücklich eine zukünftige Zusammenlegung der Musikschulen von Kreis und Stadt. Verhandlungen in dieser Richtung werden zeitnah aufgenommen. Mit eigenen Mitteln soll die Musikschule bis 2012 dafür sorgen, dass das jährliche Defizit von 1,25 Millionen Euro auf 1 Million Euro sinkt. In diesem Zusammenhang erscheint vor allem eine intensivere Zusammenarbeit mit privaten Anbietern geraten sowie eine verstärkte Beschäftigung freier Honorarkräfte. Eingesparte Personalkosten über die Zielvorgabe hinaus verbleiben bei der städtischen Musikschule. Bis zum Ende der Ratsperiode soll das Defizit weiter deutlich unter eine Million Euro reduziert werden.

Sport

Sport ist in Paderborn die größte Bürgerbewegung. Sport hält nicht nur fit und gesund, er fördert auch das soziale Miteinander, den Teamgeist, das Verantwortungsgefühl, die Begegnung von Generationen, von Migranten und Deutschen in unserer Stadt. Gerade für Jugendliche und Kinder ist es wichtig, sich im Sport auf faire Art und Weise zu messen. Oberstes Ziel von CDU und FDP ist es, den Sport in Paderborn in Bewegung zu halten. Sportliche Angebote sollen auch weiterhin für alle zugänglich und für alle finanziell erschwinglich sein. Dazu braucht der Sport feste und verlässliche Rahmenbedingungen.

- Spitzensport und Breitensport sollen auch künftig optimale Möglichkeiten vorfinden. CDU und FDP halten daran fest, den ehrenamtlich tätigen Vereinen die **Sportstättennutzung** kostenfrei zu ermöglichen. Die Stadt hat bereits jetzt sehr viel Geld in die sportliche Infrastruktur investiert und trägt auch die laufenden Kosten. Zu einer transparenteren Kostenanalyse sollen zukünftig die Betriebskosten nach Nutzern aufgeschlüsselt ermittelt werden. Es gilt durch ein professionelles **Sportstättenmanagement** Nutzungskapazitäten für jeden einzelnen Bürger durch die Darstellung im Internet sichtbar zu machen. Auch für Sportler außerhalb der Vereine soll es zukünftig besser möglich sein, die vorhandenen Kapazitäten auszunutzen. Damit sollen die verwendeten Steuergelder bestmöglich durch eine Auslastung durch Jedermann gerechtfertigt werden. Neubauten von Sportstätten sollen angesichts der angespannten Haushaltssituation wenn möglich durch diese Optimierung der Nutzung vermieden werden. Zusätzlich werden alle bereits beschlossenen Investitionen auf ihre Einsparpotenziale überprüft.
- Der **Breitensport** ist die Basis der Sportstadt Paderborn und ein wichtiges Standbein des Paderborner Lebens. CDU und FDP unterstützen die heimischen Sportvereine, indem ausreichende Nutzungskapazitäten zur Verfügung gestellt werden und die Breitensportvereine gut erhaltene Sporthallen und -plätze vorfinden. Das Ehrenamt, von dem die heimischen Sportvereine leben, wird von CDU und FDP anerkannt und honoriert. Ziel des Bündnisses ist es, bis zum Ende der Legislaturperiode 2014 alle Ortsteile mit einem **Kunstrasenplatz** ausgestattet zu haben. Voraussetzung hierfür ist eine Gesundung des Paderborner Haushaltes und eine vertretbare Wirtschaftlichkeit der Bauvorhaben.

- Der Paderborner Spitzensport trägt dazu bei, den Bekanntheitsgrad der Stadt über die Landesgrenzen hinaus zu vergrößern. CDU und FDP unterstützen die heimischen Sportler und Sportfunktionäre in ihren Bemühungen, **Hochleistungssport** in der Sportstadt Paderborn weiter zu etablieren und auszubauen. Hierzu zählen insbesondere die Fußballer des SC Paderborn 07, die Basketballer der Paderborn Baskets, die Squasher des Paderborner SC, die Leichtathleten des LC Paderborn, die Baseballer der Paderborn Untouchables, die Sportschützen des Schießsportvereins St. Hubertus Elsen sowie die jährlichen überregionalen Großereignisse Paderborner Osterlauf und EON Westfalen-Weser Challenge. CDU und FDP werden alles wirtschaftlich Vertretbare tun, um diesen Aushängeschildern der Stadt optimale Infrastruktur- und Spielbedingungen zu bieten.
- Sport findet nicht nur in Profi- und Amateurvereinen statt. Auch private sportliche Betätigung wird von den Bündnispartnern gezielt gefördert. CDU und FDP unterstützen weiterhin den **Ahorn-Sportpark** in seinen Bemühungen, Sportmöglichkeiten für alle Paderborner anzubieten.
- Auch die kostenlosen Bolzplätze in den Stadt- und Ortsteilen sind ein Teil des Sportangebots in unserer Stadt und werden weiter betrieben und gegebenenfalls renoviert werden, um ihre Weiternutzung zu ermöglichen, wie dies bereits im Vertragsteil Kinder, Jugend und Familien ausgiebig ausgeführt wurde.

Verkehr

Paderborns Straßenverkehr leidet unter einem Übermaß an Regulierungen. Viele an sich sinnvolle Maßnahmen zur Lenkung und Koordinierung des Verkehrs überlappen, behindern oder widersprechen sich. CDU und FDP haben sich entschlossen, sukzessive die Situation in den nächsten fünf Jahren für alle Verkehrsteilnehmer erheblich zu verbessern.

- Die Zahl der **Ampelanlagen** wird spürbar reduziert. Bereits 2010 sollen mindestens zehn Anlagen durch intelligentere und modernere Lösungen (beleuchtete Zebrastreifen, Kreisverkehre, „Shared-Space-Konzepte“ etc.) ersetzt werden.
- **Kreisverkehren** wird generell in den Neuplanungen und bei der Überarbeitung vorhandener Lösungen der Vorrang eingeräumt.
- Die Vorrangschaltung für die Busse des ÖPNV wird bei Verkehrssignalanlagen hinsichtlich ihrer behindernden Wirkung auf den Individualverkehr, den Fußgänger und Fahrradfahrer überprüft und effektiver und nur noch bei Verspätungen gestaltet.
- **Fahrradwege** werden ausgebaut, dabei setzen CDU und FDP insbesondere auf kostengünstige, intelligente Lösungen. Vorhandene Strecken werden sicherer gestaltet.
- CDU und FDP vereinbaren die Erneuerung des Verkehrsrechners und die damit verbundene Optimierung der Verkehrssteuerung.

Paderborn ist eine Einkaufs- und Erlebnisstadt. Den Bürgern der Stadt, des Kreises und darüber hinaus sollen bequem und sicher attraktive Möglichkeiten zum Erreichen dieses Zieles und zum Verbleib ihrer Fahrzeuge geboten werden. CDU und FDP garantieren daher, dass in den nächsten fünf Jahren keine **Parkflächen** in der Innenstadt abgebaut werden. Wenn durch Baumaßnahmen vorhandene Flächen verloren gehen, müssen an anderer Stelle neue, gleichermaßen attraktive Parkplätze entstehen.

Die Frage, ob die **Busse** des ÖPNV weiterhin in der Fußgängerzone fahren sollen, beschäftigt die Paderborner Kommunalpolitik seit Jahrzehnten. CDU und FDP haben sich fest entschlossen, diesen gordischen Knoten endlich zu zerschlagen, um allen Beteiligten und Betroffenen Planungssicherheit zu bieten. Die auf der Agenda stehenden Projekte wie Umgestaltung/Aufwertung des Königsplatzes, des gelebten Innenstadtkonzeptes, der „Bühne Paderborn“ und der allgemeinen Attraktivitätssteigerung der Innenstadt machen dies auch dringend erforderlich. Die Fraktionen sind sich der Tragweite einer solchen Entscheidung bewusst und wollen daher konsequent den Sachverstand der Bürger unmittelbar einbeziehen. In 2010 wird deshalb ein **Ratsbürgerentscheid** zu dieser Frage von CDU und FDP auf den Weg gebracht. Den Bürgern wird dabei ein konkreter neuer Lösungsvorschlag unter Berücksichtigung der Interessen aller verschiedenen Nutzergruppen zur Abstimmung gestellt.

Öffentliche Ordnung

Paderborn ist eine sichere Stadt, in der die Kriminalitätsrate deutlich unter dem Landesdurchschnitt liegt. Einen wesentlichen Beitrag dazu leistet die gemeinsame Einrichtung des Ordnungsamtes und der Polizei **B.O.S.S.** (Büro für Ordnung, Schutz und Sicherheit). Durch die enge und fruchtbare Zusammenarbeit zwischen der Stadt und der Polizei gelingt es immer wieder, Intensivtäter schnell zu erkennen und entsprechende Maßnahmen einzuleiten. Zwischen den Beteiligten sind kurze Dienstwege entstanden. Die Erfolge sind messbar: Die Rückmeldungen aus der Bevölkerung und der Geschäftswelt sind ausgesprochen positiv. Die Bevölkerung bringt dieser Ordnungspartnerschaft eine hohe Akzeptanz entgegen. Die Kernstadt ist freundlicher geworden und die Menschen fühlen sich wieder sicherer. Aufgrund der hohen Akzeptanz und der positiven Effekte in der City wurde mit B.O.S.S.-Mobil eine Ausweitung auf die Stadtbezirke erreicht.

- CDU und FDP bekennen sich zu ihrer Verantwortung für Sicherheit, Schutz und Sauberkeit in der Stadt und in den Stadtteilen. Die in diesem Bereich eingeplanten Haushaltsmittel werden daher nicht gekürzt, sondern auch weiterhin in vollem Umfang bereitgestellt.
- Soweit es die Haushaltssituation zulässt, ist eine Ausweitung der **B.O.S.S.**-Aktivitäten auf die Stadtteilzentren in dieser Ratsperiode vorgesehen.
- CDU und FDP setzen in Bezug auf öffentliche Sicherheit und Ordnung auf Maßnahmen der Präsenz. Die flächendeckende **Videoüberwachung** lehnen die Bündnispartner konsequent ab; deshalb wird es keine weitere Videoüberwachung geben.

Finanzen

Wie in der Präambel des Vertrages beschrieben, setzen sich CDU und FDP das Ziel, in den nächsten fünf Jahren auf jeden Fall die Haushaltssicherung zu vermeiden. Dafür ist es unabdingbar, die Ausgaben der Stadt signifikant zu senken. CDU und FDP sind sich bewusst, dass nur sie gemeinsam diese teils einschneidenden Maßnahmen durchsetzen können.

- Es herrscht Konsens darüber, dass die Stadt grundsätzlich nicht für ausfallende Landesmittel einspringen wird.
- Alle noch bestehenden Rationalisierungs- und Privatisierungsreserven in den Dezernaten, Ämtern und Einrichtungen sollen – auch durch externes Consulting (aktuell Rödl und Partner) – geprüft und soweit vertretbar ausgeschöpft werden.
- Um das bürgerschaftliche Engagement zu stärken werden CDU und FDP für die Stadt Paderborn eine „**Vereinfachungsstelle**“ in Form der Umwidmung einer schon bestehenden Stelle beantragen, deren Aufgabe es sein wird, konkrete Maßnahmen für die Bürger und die städtischen Mitarbeiter für eine qualitativ bessere und zügigere Abwicklung öffentlicher Anliegen umzusetzen. Dort sollen unbürokratisch Vorschläge aus der Verwaltung und der Bürgerschaft in Hinblick auf Beschleunigung, Vereinfachung und Kostensenkung gesammelt und auf ihre praktische Durchführbarkeit hin überprüft werden. Ein entsprechendes Anreizsystem für eine aktive Beteiligung soll von der Verwaltung erarbeitet werden. Außerdem wird diese Stelle darauf drängen, zusammen mit dem Kreis Paderborn Leistungen auf mögliche Synergiepotenziale zu untersuchen mit dem Ziel, doppelt durchgeführte Leistungen zu synchronisieren.
- CDU und FDP wollen sparen, wo es sinnvoll ist. Sie haben sich dazu entschieden, den Bau eines neuen **Parkhauses an der Bahnstraße** solange auszusetzen, bis die Realisierung eines Bauprojektes an der Florianstraße und am Bahnhofsgebäude konkrete Formen annimmt. Solange soll das zum Bau vorgesehene Areal als Parkfläche genutzt und bewirtschaftet werden.

- CDU und FDP haben sich dazu entschlossen, den Bau einer neuen **Multifunktionshalle** in den nächsten fünf Jahren nicht weiter aktiv zu planen. Sollte ein privater Investor die Realisierung anstreben, wird dies von den Bündnispartnern konstruktiv unterstützt.
- CDU und FDP wollen auch bereits beschlossene Maßnahmen auf Einsparungspotentiale hin überprüfen. Daher haben die Bündnispartner in einem ersten Schritt entschieden, den Wettbewerb zur Neugestaltung des Domplatzes nicht durchzuführen. Ein entsprechender Antrag wird im Fachausschuss gestellt. Die im Zuge der Kanalbaumaßnahmen notwendige Neugestaltung des Areals soll in Absprache mit den Anliegern durch die Stadt erarbeitet werden.
- Die Bündnispartner sind sich einig, dass ein Neubau der **Stadtverwaltung** unter den gegebenen finanziellen Voraussetzungen in alleiniger Finanzierungsverantwortung der Stadt nicht realisierbar ist. Dabei stehen wir alternativen Investitionsmodellen interessiert und offen gegenüber. Vor diesem Hintergrund muss eine Renovierung der Stadtverwaltung am Abdinghof und an der Pontanusstraße, wo sich gegebenenfalls auch eine Erweiterung denken lässt, ins Auge gefasst werden. In Tradition der Stadtpolitik der letzten Jahre sollen dabei auch ökologisch und ökonomisch sinnvolle energetische Maßnahmen und die notwendigen Brandschutzmaßnahmen eingeplant werden.
- CDU und FDP stimmen darin überein, dass eine Senkung der Standards im **Gebäudemanagement** nicht sinnvoll ist, da vernünftige Investitionen in der Gegenwart immer mittel- und langfristige Einsparungen mit sich bringen. Beschlossene und notwendige Maßnahmen werden jedoch auf ihre Einsparpotenziale hin analysiert und soweit vertretbar und an der finanziellen Situation orientiert zeitlich gestreckt. Die Nutzung von Objekten im Bestand ist Neubauten grundsätzlich vorzuziehen.
- Das stetig vorhandene, erhebliche Defizit der **Stadthallenbetriebsgesellschaft** muss reduziert werden. Mit dieser Zielsetzung haben sich CDU und FDP dazu entschieden, auch vor einschneidenden Maßnahmen zur Kostenreduktion in diesem Bereich nicht Halt zu machen. Dabei wird jeder einzelne Posten unter Berücksichtigung städtischer Kernaufgaben zur Disposition stehen können.
- Sparsamkeit muss nicht nur von der Politik vorgegeben, sondern auch selbst praktiziert werden. Wer sparen will, muss mit gutem Beispiel voran gehen! Deshalb sollen die Ausschuss-

vorsitzenden Sitzungen absagen, wenn die Tagesordnung ein Treffen nicht rechtfertigt. Dies gilt für alle Ausschüsse und Gremien der Stadt Paderborn.

- CDU und FDP haben schon in der vergangenen Ratsperiode die Umsetzung eines telefonischen Servicecenters für die Stadtverwaltung beschlossen. Dieses Servicecenter („**Rufnummer 115**“) ist inzwischen aktiv und bietet den Bürgern eine kompetente Anlaufstelle weit über die regulären Öffnungszeiten der Verwaltung hinaus. Der Ausbau dieses Servicecenters durch die Integration des Kreises Paderborn und weiterer Behörden im Kreis wird von CDU und FDP befürwortet.
- Die derzeit noch in den Stadtteilen bestehenden drei **Verwaltungsnebenstellen** haben in der heutigen Zeit, die durch moderne Kommunikationsmöglichkeiten geprägt ist, nur noch begrenzt die Bedeutung für die Bürger, die diese noch in den 70er und 80er Jahren hatten. Daher beabsichtigen CDU und FDP in der Ratsperiode prinzipiell Verwaltungsnebenstellen zu überprüfen und zu schließen, wenn es keine vertraglichen Bindungen gibt, die zu einer Aufrechterhaltung einer Verwaltungspräsenz verpflichten. Speziell die Verwaltungsnebenstelle in Schloß Neuhaus wird daraufhin geprüft, ob es Optimierungsmöglichkeiten durch die Verlegung anderer Ämter in die bestehenden Räumlichkeiten gibt. Sollte sich in den nächsten Jahren ein attraktiver Investor für das städtische Areal in Schloß Neuhaus finden, werden CDU und FDP dessen Investitionsvorschläge konstruktiv unterstützen. Die Schwächung des Stadtzentrums von Schloß Neuhaus durch den ersatzlosen Wegfall der Verwaltungsnebenstelle soll durch die beschriebenen Alternativen vermieden werden.
- CDU und FDP werden konsequent das Ziel verfolgen, den städtischen Haushalt nachhaltig zu sanieren. Sie vereinbaren deshalb, sowohl das strukturelle Defizit im laufenden Haushalt abzubauen als auch mittelfristig in ein **Entschuldungskonzept** einzusteigen. Da der unmittelbare Zusammenhang zwischen Abbau des Defizits und Schuldenaufbau vermieden werden muss, wird in der Haushaltssatzung eine Schuldenbremse festgelegt.
- CDU und FDP stimmen darin überein, dass bei der Verwertung städtischen Vermögens der Schuldenabbau oberste Priorität hat bzw. durch Investitionen der städtische Haushalt nachhaltig entlastet werden muss.

- Auch die **städtischen Gesellschaften** müssen ihren Beitrag zur Konsolidierung des städtischen Haushalts leisten. Daher streben die Bündnispartner bei den defizitären Gesellschaften die Reduzierung der allgemeinen Zuschüsse um 10 Prozent an.

Diese Vereinbarungen zwischen CDU und FDP werden für die Ratsperiode 2009 - 2014 beschlossen.
CDU und FDP setzen diese Vereinbarungen gemeinsam um.

Paderborn, 27.10.2009

Daniel Sieveke

-Stadtverband der CDU Paderborn-

Karsten Grabenstroer

-Stadtverband der FDP Paderborn-

Detlef Klaholt-Heiermeyer

-CDU-Ratsfraktion-

Monika Walter

-FDP-Ratsfraktion-

An dieser Vereinbarung haben, neben den unterzeichnenden Vertretern der Gremien der Bündnispartner, folgende Personen mitgewirkt:

Markus Mertens
-CDU Ratsfraktion-

Dominic Gundlach
-FDP Ratsfraktion-

Dr. Heinz Tegethoff
-CDU Ratsfraktion-

Jochen Heinemann
-Stadtverband der CDU Paderborn-

Die Fraktionen von CDU und FDP bedanken sich beim Bürgermeister und der Verwaltung für ihre fachliche Unterstützung.